Motion SVP-Fraktion / Die Mitte-EVP-Fraktion:
«Bezahlkarten für Personen des Asylbereichs im Kanton St.Gallen

Am 20. Februar 2024 reichte die SVP-Fraktion die Motion 42.24.02 ein, mit der die Einführung von Bezahlkarten für Personen des Asylbereichs gefordert wurde. Die Regierung empfahl mit Antrag vom 2. April 2024 Nichteintreten und begründete dies mit der bereits bestehenden Sachleistungsorientierung im Kanton sowie der Zuständigkeit der Gemeinden für die finanzielle Unterstützung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen. Die SVP-Fraktion zog daraufhin die Motion am 2. Mai 2024 zurück. Der Kantonsrat anerkannte die Relevanz des Anliegens und stimmte deshalb gleichentags einer Standesinitiative mit demselben Ziel zu, um die Thematik auf die Bundesebene zu tragen. Damit anerkannte der Kantonsrat die Einführung von Bezahlkarten für Asylsuchende als sinnvolle Massnahme. Die Bezahlkarten dienen folgenden Zielen: Sicherstellen, dass die finanziellen Leistungen gezielt für notwendige Lebenshaltungskosten verwendet werden, Verringerung des bürokratischen Aufwands, Erleichterung der Kontrolle über den Einsatz der Mittel und Erschweren der missbräuchlichen Verwendung von Sozialhilfegeldern.

Der Bundesrat verwies in seiner Antwort auf das Postulat 23.3165 von Ständerätin Esther Friedli sowie der Interpellation 24.3027 von Nationalrat Mike Egger darauf, dass die Form der Ausbezahlung von Sozialleistungen in der Kompetenz der Kantone liegt. Deshalb wurden mittlerweile landesweit politische Bestrebungen für die Einführung von Bezahlkarten auf kantonaler Stufe eingeleitet. In den Kantonen Bern, Nidwalden, Schwyz und Zug haben die kantonalen Parlamente bereits die Einführung von Bezahlkarten beschlossen.

Der Kanton St.Gallen sollte nun die Einführung von Bezahlkarten an die Hand nehmen für die Personen des Asylbereichs, die sich in den kantonalen Einrichtungen und den Gemeinden befinden. Dies unter Einbezug der Möglichkeit, Bargeldleistungen überwiegend durch Bezahlkarten zu ersetzen sowie unter Absprache, bzw. Koordination der Umsetzung mit anderen Kantonen und dem Bund.

Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf zur Änderung des Sozialhilfegesetzes vorzulegen, welche die Einführung von Bezahlkarten für Personen des Asylbereichs vorsieht.

10. März 2025

SVP-Fraktion
Die Mitte-EVP-Fraktion